




Uganda

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

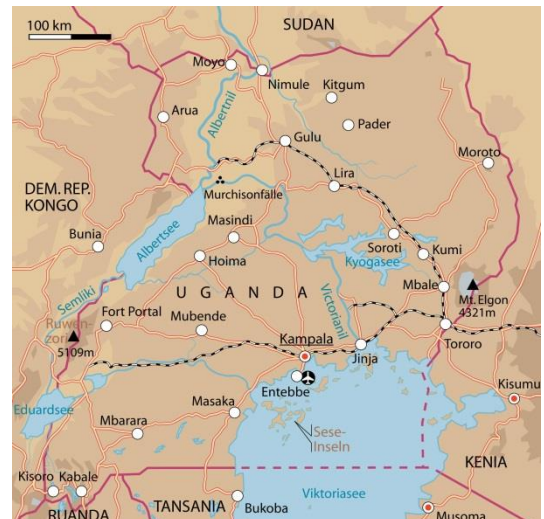
 **Austrian
Development
Agency**

Einleitung

Seit 1986 steht Yoweri Museveni als Staats- und Regierungschef an der Spitze Ugandas. Nach der Machtergreifung mithilfe der National Resistance Army (NRA) führte er die ersten zehn Jahre eine Einheitsregierung. Das politische System beruhte in dieser Zeit auf einem No-Party- bzw. Einparteiensystem des National Resistance Movement (NRM), der ehemaligen Widerstandsbewegung unter Museveni. 1996 wurde Museveni innerhalb dieses Systems erstmals durch demokratische Wahlen als Staatspräsident bestätigt.

Im Juni 2005 stimmte die Bevölkerung in einem Referendum für eine Öffnung in Richtung Mehrparteiensystem sowie für die Aufhebung der Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten. 2006, 2011 und 2016 fanden allgemeine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen unter der Beteiligung mehrerer Parteien statt, in denen die NRM-Regierung unter Präsident Yoweri Museveni bestätigt wurde. Die Wahlen wiesen demokratische Defizite auf, wie zum Beispiel die Behinderung der Arbeit der Opposition und Ungereimtheiten bei der Stimmenausszählung.

Österreichs Beziehungen zu Uganda reichen bis in die frühen 1980er-Jahre zurück. Seit 1992 ist Uganda Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA).



Basisdaten

Unabhängigkeit	9. Oktober 1962
Staatsform	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt	Yoweri Kaguta Museveni
Premierminister	Ruhakana Rugunda
Außenminister	Sam Kutesa
Fläche *	241.551 km²
Bevölkerung *	42,86 Mio.
Bevölkerungswachstum **	3,3 %
Lebenserwartung**	Frauen: 62 Jahre; Männer: 58 Jahre
Alphabetisierung (Bev. ab 15 Jahren)**	70,2 %
HDI (Human Development Index)**	0,516 (max. 1), 162. Stelle von 188
GII (Gender Inequality Index)**	0,523 (max. 1), 126. Stelle von 160
BIP*	25,89 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*	4 %
BNE pro Kopf (kaufkraftbereinigt) *	1.820 USD
Armut*	21,4 % leben unter der nationalen Armutsgrenze.
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu sauberem Wasser***	70 % der ländlichen Bevölkerung 77 % der städtischen Bevölkerung
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu verbesserter Siedlungshygiene***	79 % der ländlichen Bevölkerung 86 % der städtischen Bevölkerung

* <http://data.worldbank.org/country/uganda>, Stand 2017

** UNDP: Human Development Report 2018/17

*** Ministry of Water and Environment MWE: Uganda Water and Environment Sector Performance Report 2018

Politische Situation

Uganda war ab 1894 britisches Protektorat mit indirekter Machtausübung unter der Dominanz des Königreichs Buganda. 1962 erlangte das Land seine Unabhängigkeit. 1963 rief Premierminister Milton Obote die Republik aus, sein Regime nahm jedoch bald diktatorische Züge an. Durch einen Militärputsch gelangte 1971 Generalmajor Idi Amin an die Macht. Seine Gewaltherrschaft führte Uganda in eine soziale, politische und wirtschaftliche Krise. Nach Amins Vertreibung im Jahr 1979 und einer erneuten Diktatur unter Obote übernahmen 1986 schließlich Yoweri Kaguta Museveni und seine National Resistance Army (NRA) die Macht. Die NRA wurde bald in National Resistance Movement (NRM) umbenannt und regiert seither.

Bei den letzten allgemeinen Wahlen zur Präsidentschaft und zum Parlament im Februar 2016 ging Amtsinhaber Yoweri Museveni mit 60 Prozent der Stimmen erneut als Sieger hervor. Der Kandidat der Oppositionspartei Forum for Democratic Change (FDC), Kizza Besigye, erreichte mit 35 Prozent den zweiten Platz. Da Kizza Besigye nach dem Wahltag unter Hausarrest gestellt wurde, konnte nur der drittplatzierte Amama Mbabazi seine Wahlanfechtung zeitgerecht einbringen. Das Höchstgericht entschied nach eingehender Prüfung, dass die vorgebrachte Klage nicht ausreichend begründet war und machte einige Wahlrechtsreformvorschläge. Die Wahlbeobachtungsmissionen der EU und des Commonwealth kritisierten die Wahlen deutlich. Sie sprachen von unfairen Voraussetzungen, Stimmenkauf, Einschüchterungsversuchen, Einschränkungen der Medienfreiheit, einer voreingenommenen Wahlkommission sowie wiederholten Verhaftungen von Oppositionsführer Besigye am Wahltag und danach.

Ende 2017 wurde durch eine Verfassungsänderung unter anderem die Altershöchstgrenze von 75 Jahren für das Amt des Präsidenten abgeschafft. Präsident Yoweri Museveni kann somit bei der nächsten Wahl 2021 abermals kandidieren.

Demokratiepolitische Entwicklungen

Durch den Wahlsieg 2016 konnten Präsident Museveni und die Regierungspartei NRM ihre Macht verteidigen und im Parlament sogar eine Zweidrittelmehrheit erringen. Die EU Wahlbeobachtungsmission, geleitet von EU-Parlamentarier Eduard Kukan, beurteilte die Wahlen 2016 als nicht frei und fair. Opposition, internationale Gemeinschaft, Zivilgesellschaft und internationale Medien kritisieren die Präsidentschaft wegen autokratischer Züge.

Aufgrund der zunehmend perspektiv- und arbeitslosen Jugend vergrößert sich die Gefahr von spontanen sozialen und politischen Unruhen. Statt auf Pluralismus setzt die NRM-dominierte Regierung auf eine Militarisierung der Gesellschaft. Junge Menschen werden in polizeinahe Einheiten rekrutiert (Crime Preventers, Local Defence Units), ein allgemein verpflichtender Zivildienst ist geplant und es wird in Armee und Polizei investiert. Kritische Stimmen innerhalb der Regierungspartei, aus Gesellschaft und Medien werden durch Drohungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren zum Verstummen gebracht.

Korruption

Korruption ist in Uganda ein bedeutendes Problem, sowohl im kleinen (Polizei, Verwaltung, bei Gericht und in der medizinischen Versorgung) als auch im großen Stil. In den vergangenen Jahren konnten allerdings verschiedene Verbesserungen (etwa im Justiz- und Sicherheitssektor) erreicht werden.

Die Kontrollinstitutionen wie Rechnungshof und Interne Revision existieren und sind relativ gut ausgestattet. Die Verfolgung, die Sanktionierung und vor allem die Bestrafung von Vergehen erfolgen aber nicht konsequent genug. Die politische Verantwortung wird kaum wahrgenommen. Unter anderem deshalb, weil die parlamentarische Opposition schwach ist und von der Regierungspartei behindert wird.

Korruptionsvorwürfe werden mitunter als politisches Mittel verwendet, um KritikerInnen oder parteiinterne KonkurrentInnen auszuschalten.

Menschenrechtssituation

Durch die Beteiligung an allen relevanten internationalen und regionalen Abkommen verfügt Uganda über einen starken Rechtsrahmen zum Schutz der Menschenrechte. Dies spiegelt sich größtenteils auch in der nationalen Gesetzgebung wider.

Minderheitenrechte und Religionsfreiheit sind in der Verfassung verankert und werden weitgehend eingehalten. Der immer bessere Zugang zu Gerichtsbarkeit sowie ein stärkeres Bewusstsein für Frauenrechte sind ebenfalls positive Beispiele. Die ugandische Menschenrechtskommission, ein Verfassungsgremium, setzt sich aktiv und klar für die Stärkung der Menschenrechte ein.

Aufgrund der demokratiepolitischen Entwicklungen ist jedoch nur eingeschränkt politischer Raum für die Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen vorhanden. Immer wieder kommt es zu Fällen von Folter durch die Polizei und in Gefängnissen. Besonders prominent waren im Sommer 2018 Missbrauchsvorwürfe gegen das Militär. Vorgebracht hat sie der Oppositionspolitiker Robert Kyagulanyi, bekannt unter seinem Künstlernamen Bobi Wine. Es folgten Proteste auf nationaler und internationaler Ebene. Lücken bestehen auch in der praktischen Umsetzung von Frauen- und Kinderrechten. Homosexuelle werden diskriminiert. Die Regierung schränkt Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit ein, insbesondere für die Opposition. Das Gesetz für öffentliche Sicherheit (Public Order Management Act 2013) wird restriktiv ausgelegt.

Im November 2015 verabschiedete das Parlament eine neue NGO-Gesetzgebung, die die Registrierung aller Organisationen, die im gemeinnützigen Bereich tätig sind, vorsieht. VertreterInnen der Zivilgesellschaft haben die Annahme des Gesetzes grundsätzlich begrüßt. Sie heben vor allem den partizipatorischen Entstehungsprozess als positiv hervor. Allerdings äußern sie auch die Befürchtung, dass in der Anwendungspraxis bürokratische Hürden zur Einschränkung der Arbeit betroffener Organisationen führen. Ein im Gesetz vorgesehenes Aufsichtsorgan verfügt über ein breites Inspektionsmandat, dessen Ausübung ebenfalls noch abzuwarten ist.

Bürgerkrieg in Norduganda (1987-2006)

Zwischen 1987 und 2006 terrorisierte die Lord's Resistance Army (LRA) unter der Führung von Joseph Kony die Bevölkerung in Norduganda. Morde, Verstümmelungen und die gewaltsame Rekrutierung von KindersoldatInnen durch die LRA standen auf der Tagesordnung. Auch die Armee beging in ihrem Kampf gegen die LRA Menschenrechtsverletzungen. Der Konflikt kostete rund 100.000 Menschen das Leben. Mehr als 1,8 Millionen Menschen flüchteten in Lager, die unter dem Schutz der ugandischen Armee standen.

2005 erließ der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Joseph Kony und weitere führende LRA-Kämpfer. Die ugandische Regierung und die LRA verhandelten bis 2008 sechs umfassende Teilabkommen. Die LRA-Führung weigerte sich zwar, das Gesamtabkommen zu unterzeichnen, zog sich aber aus Uganda zurück. Im Frühjahr 2017 verkündete die Regierung, dass die LRA keine Gefahr mehr für die nationale Sicherheit darstelle. Die ugandische Militäroperation in der Zentralafrikanischen Republik, wo noch 100 LRA-Kämpfer sowie Kony vermutet werden, wurde beendet.

Regionale Ungleichheiten und Dezentralisierung

Der Bürgerkrieg in Norduganda zwischen 1987 und 2006 führte zu starken regionalen Ungleichheiten. Nach Ende des Bürgerkrieges und der Rückkehr der Binnenflüchtlinge in

ihre Dörfer begann der Wiederaufbau der Region. Der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung Nordugandas ist trotzdem deutlich höher als im Rest des Landes.

In der Region Karamoja in Nordost-Uganda an der Grenze zu Kenia gab es ebenfalls langjährige Konflikte, vor allem zwischen verschiedenen Pastoralistenvölkern - meistens wegen großangelegten Viehdiebstahls. Seit der Befriedung und Entwaffnung in Karamoja 2009 unterstützt ein spezielles Programm die Region und versucht, durch die Ansiedelung der vormals nomadischen Bevölkerung Sozialdienstleistungen näher an die Menschen zu bringen (Schulen, medizinische Versorgung, Wasser für Mensch und Tier).

In den letzten Jahren wurde die Dezentralisierung Ugandas vorangetrieben: Die Bevölkerung hat mehr Mitspracherecht und die Bezirke wurden mehr als verdoppelt (1997: 54 Bezirke, 2018: 127).

Stabilisierende Rolle in der Region

Trotz gravierender Mängel bezüglich Demokratie, des Rechtsstaats und der Respektierung von Menschenrechten ist Uganda ein wichtiger Partner der internationalen Gemeinschaft. Grund ist die politisch aktive Rolle und das Engagement Ugandas in Ostafrika und Afrika, die zur Stabilisierung der Region beitragen. Uganda ist Mitglied der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC), der Internationalen Konferenz der Region der Großen Seen (ICGLR), der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) und des Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA). Uganda stellt außerdem das größte Truppenkontingent für die internationale Mission der Afrikanischen Union in Somalia (UNMIS) bereit und hat dort maßgeblich zur Stabilisierung der Situation beigetragen.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Uganda grenzt an Kenia, den Südsudan, die Demokratische Republik Kongo, Ruanda und Tansania. Für den Binnenstaat sind gute Beziehungen zu den östlichen Nachbarn wichtig, damit der reibungslose Warenverkehr von und zur Küste garantiert ist. Daher engagiert sich Uganda besonders für den Aufbau der Ostafrikanischen Gemeinschaft.

In der Vergangenheit war die Nachbarschaft zur Demokratischen Republik Kongo und zu Ruanda aber nicht immer konfliktfrei. Der Ostkongo ist reich an Bodenschätzen und Basis mehrerer bewaffneter Gruppierungen. Dies führte in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu Auseinandersetzungen, in die Ruanda und Uganda involviert waren. Uganda hat sich in den letzten Jahren um eine Normalisierung der Beziehungen bemüht und sich als Vermittler im Rahmen der Region der Großen Seen eingesetzt.

Ende 2013 entsandte Uganda ohne UN-Mandat Truppen in den Südsudan zur Unterstützung der dortigen Regierung im Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und dem von Kiir abgesetzten Vizepräsidenten Riek Machar. Die ugandischen Truppen beendeten Ende 2015 ihren Einsatz offiziell und wurden größtenteils wieder abgezogen. Die Tatsache, dass ein Mitgliedsstaat der mit den Friedensverhandlungen beauftragten Intergovernmental Authority on Development (IGAD) unilateral Truppen in den Bürgerkrieg entsandte, wurde von der Internationalen Gemeinschaft kritisiert. Nach einer kurzen Ruhephase im Südsudan, in der eine Regierung der nationalen Einheit mit Riek Machar als Vizepräsident regierte, eskalierte die Situation Mitte 2016 wieder. Machar entkam nur knapp dem Tod und flüchtete ins Ausland. Die sich daraufhin ausbreitenden Kampfhandlungen und die Fragmentierung der Macht im Südsudan entlang ethnischer Linien führten zu einer der größten Fluchtbewegungen der letzten Jahre. Derzeit befindet sich rund eine Million geflüchtete Südsudanesen in Uganda. Insgesamt halten sich etwa 1,2 Millionen Flüchtlinge in Uganda auf. Der größte Teil davon im strukturschwachen Norden des Landes. Solange der Bürgerkrieg im Südsudan und die daraus resultierende Hungersnot anhalten, muss mit weiteren Flüchtlingen gerechnet werden. Im August 2018 unterzeichneten der südsudanesische Präsident Salva Kiir und

der ehemalige südsudanesische Vizepräsident Riek Machar ein neues Friedensabkommen. Der ugandische Präsident Yoweri Museveni hatte dessen Anbahnung unterstützt. Es soll die friedliche Teilung der Macht im Südsudan regeln.

Wirtschaft

Während der letzten 20 Jahre gab es in Uganda eine relativ hohe makroökonomische Stabilität. Das Wirtschaftswachstum lag recht konstant bei etwa 5 Prozent. Nachdem die Inflation im Jahr 2011 auf 30 Prozent angestiegen war, konnte sie durch eine strenge Fiskalpolitik wieder auf ein Niveau von unter 5 Prozent gesenkt werden.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, sieht die ugandische Regierung in ihrem zweiten Nationalen Entwicklungsplan 2016–2020 und in den Haushaltsplanungen eine Erhöhung der Infrastrukturausgaben vor. Vor allem der Energiesektor soll massive Investitionen erhalten.

In der Region des Albertsees im Westen des Landes wurden vor rund zehn Jahren große Erdölvorkommen entdeckt. Die ersten Einnahmen werden ab 2022 erwartet. Die Wertschöpfung aus den Ölreserven soll Uganda zu einem weiteren Entwicklungsschub verhelfen.

Ein Großteil des ugandischen Exports erfolgt in der Region. Die immer noch weitgehend ungelöste Situation im Südsudan stört den Handel zwischen den zwei Ländern daher erheblich.

Armutssituation

Die Bevölkerung Ugandas setzt sich aus 40 verschiedenen Volksgruppen zusammen. Rund 80 Prozent der Menschen leben zumeist von Subsistenzwirtschaft. Die Landwirtschaft trägt etwa ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Trotz des stetig steigenden Pro-Kopf-Einkommens leben 21 Prozent der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze. Der Human Development Index 2017 weist Uganda auf dem 162. Platz unter 189 Ländern aus.

Mit 3,3 Prozent hat Uganda eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten weltweit. 1990 gab es 15 Millionen EinwohnerInnen, im Jahr 2017 44 Millionen. Für 2050 werden laut ugandischer Statistikamt 100 Millionen EinwohnerInnen prognostiziert. Das stellt eine große Herausforderung für die Armutsbekämpfung dar.

Entwicklungspolitik Ugandas

Unter Staatspräsident Museveni verfolgte das Land lange einen positiven Entwicklungsweg und erzielte beachtliche Erfolge. Weniger Armut, Wirtschaftswachstum, steigende Lebenserwartung, höheres Pro-Kopf-Einkommen und besserer Zugang zu Grundschulbildung und Wasserversorgung sind einige der erfreulichen Ergebnisse. Derzeit vernachlässigt die Regierung allerdings soziale Dienstleistungen auf Kosten von großen Infrastrukturbauten und Straßen. Dies bringt ihr Kritik seitens der Gesellschaft und der Geberländer ein.

Entwicklung nach Plan

Als eines der ersten afrikanischen Länder legte Uganda im März 2000 einen Aktionsplan zur Armutsminderung (Poverty Eradication Action Plan) vor. Dieser war unter breiter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden. Damit war auch eine wichtige Voraussetzung für die Entschuldung von 1,95 Milliarden US-Dollar seitens der internationalen Gemeinschaft erfüllt.

Mit dem neuen Nationalen Entwicklungsplan (National Development Plan - NDP 2010–2015) legte Uganda einen starken Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum. Der NDP 2 (2016–2020) setzt auf die Verbesserung der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die Verbesserung der Infrastruktur, die Entwicklung von Kapazitäten und die Verbesserung von Dienstleistungen.

Im Mai 2013 lancierte Präsident Museveni zudem die „Vision 2040“ mit Ideen und Plänen, um im Land mehr Wohlstand zu erreichen. Hier liegt der Fokus ebenfalls auf der Schaffung von Infrastruktur.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda

Österreichs Beziehungen zu Uganda bestehen seit den frühen 1980er-Jahren. Seither gibt es einen regen entwicklungspolitischen und kulturellen Austausch, der von staatlichen Einrichtungen, Entwicklungsorganisationen, aber auch von vielen engagierten Einzelpersonen getragen wird.

1991 eröffnete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ein Auslandsbüro in Kampala. Die Präsenz vor Ort ermöglichte es, umfassende Arbeitsbeziehungen zur ugandischen Regierung und zur Zivilgesellschaft sowie mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern auf- und auszubauen. Heute koordiniert das Auslandsbüro die österreichischen Programme und Projekte und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und anderen Geberländern. Seit 1992 ist Uganda Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

In Übereinstimmung mit dem Nationalen Entwicklungsplan Ugandas sowie den internationalen Verpflichtungen und nationalen Vorgaben zu mehr Arbeitsteiligkeit konzentriert sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Uganda auf:

- Wasserversorgung und Siedlungshygiene und
- Recht, Justiz und Frieden

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert mit Sektorfinanzierungen den Wassersektor sowie den Justiz- und Rechtssektor der ugandischen Regierung. Darüber hinaus unterstützt sie Programme über Korbfinanzierungen mit anderen Gebern sowie Initiativen internationaler und ugandischer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dieses Engagement wird ergänzt durch die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und landwirtschaftlicher Forschung durch Hochschulkooperationen, multilaterale Projekte und humanitäre Hilfe.

Österreichische Entwicklungshilfeleistungen (ODA) an Uganda

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)¹ an Uganda betragen zwischen 1994 und 2018 215,32 Millionen Euro. Davon entfielen 195,26 Millionen Euro auf Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA).

ODA Österreichs an Uganda, Auszahlungen in Millionen Euro

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
bilaterale ODA gesamt an Uganda in Mio. Euro	13,14	8,18	8,62	9,63	11,68	5,92
in % der bilateralen Gesamt-ODA	3,21	1,70	1,22	1,08	2,19	1,45
OEZA/ADA an Uganda in Mio. Euro	11,83	8,55	8,54	9,03	9,37	5,77
OEZA/ADA an Uganda in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	13,96	11,12	11,51	11,44	10,07	6,68

Quelle: ADA-Statistik

¹ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Projektbeispiele

Sauberes Wasser für alle

Mit der Unterstützung Österreichs (seit 1996), der Wasserfazilität der EU sowie anderer Geber (seit 2006) wurde ein umfangreiches Programm zur Wasserversorgung finanziert, das ursprünglich als österreichisches Pilotprogramm im Südwesten Ugandas mit dem Ziel begonnen hatte, möglichst vielen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und hygienischen Sanitäreinrichtungen zu ermöglichen. Das Programm lief in allen Landesteilen sehr erfolgreich. Die vier Regionalbüros des Ministeriums für Wasser und Umwelt (Water and Sanitation Development Facilities) waren wesentlich an der Umsetzung beteiligt.

2012 stellte die Europäische Kommission der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, 30,5 Millionen Euro zum weiteren Ausbau der Trinkwasser- und Sanitärversorgung zur Verfügung. Es brachte 350.000 Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu hygienischen Sanitäreinrichtungen. Die Kapazität der Wasserleitungssysteme wurde auf 630.000 Menschen ausgelegt und berücksichtigt damit das Bevölkerungswachstum der nächsten 20 Jahre.

Mehr als eine Million Menschen profitieren insgesamt von der österreichischen Unterstützung: Sie sind nun an die Versorgungsnetze angeschlossen. Solide, nachhaltige Verwaltungsstrukturen gewährleisten, dass die Versorgung einwandfrei funktioniert. Neue Siedlungshygienestandards verhindern die Verschmutzung des Grundwassers.

Wasserversorgung und Siedlungshygiene im Bezirk Pader

Seit 2010 konnten in den beiden Bezirken Pader und Agago in Norduganda nachhaltige Strukturen zur effizienten Wasserversorgung und Siedlungshygiene errichtet werden. Verantwortliche in den Gemeinden erhielten Schulungen in der fachgerechten Nutzung und Wartung der Anlagen. Damit ist die Versorgung von rund 380.000 Menschen mit sauberem Wasser langfristig und nachhaltig gesichert.

Wasser für Flüchtlinge und die einheimische Bevölkerung

Mit der Aufnahme von ca. 1,2 Millionen Flüchtlingen ist Uganda derzeit das großzügigste Aufnahmeland in Afrika. Das stellt das Land jedoch vor große Herausforderungen. Vor allem im Nordwesten, wo mehr als eine Million Menschen aus dem Südsudan leben, haben die öffentlichen Dienstleistungen ihre Kapazitätsgrenzen erreicht.

Die EU stellt 20 Millionen Euro aus dem Treuhandfonds für Stabilität und Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Binnenvertreibung in Afrika (EUTF for Africa) zur Verfügung. 4,9 Millionen davon sind für die Verbesserung der Wasserver- und Abwasserentsorgung vorgesehen. Die Austrian Development Agency, die hier besondere Expertise hat, setzt das Projekt um. Gemeinsam mit dem ugandischen Ministerium für Wasser und Umwelt errichtet sie in der betroffenen Region Systeme zur nachhaltigen Wasserversorgung und eine umweltfreundliche Deponie für Fäkalschlamm.

Das Ziel ist, nicht nur akut Nothilfe zu leisten, sondern langfristig in die Infrastruktur zu investieren. Bis zu 260.000 Menschen in Norduganda werden so künftig dauerhaft Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung haben.

Projektpartner:
Ministry of Finance
Planning and
Economic Development
and Ministry of Water and
Environment
Laufzeit:
1994–11/2017
OEZA-Beitrag:
51 Mio. Euro
EU-Beitrag:
30,5 Mio. Euro

Projektpartner:
Concern Worldwide
Laufzeit:
03/2010–11/2017
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro

Projektpartner:
European Union
Emergency Trust Fund
and Ministry of Finance
and Economic
Development
Laufzeit:
12/2016–11/2020
EU Beitrag:
4,9 Mio. Euro

Auf dem Boden des Rechts

Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und der Zugang zu Recht sind zentrale Bestandteile guter Regierungsführung und wesentliche Voraussetzungen für Armutsreduktion.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Uganda seit 1997 bei Reformen im Rechts- und Justizbereich sowie bei der Stärkung der relevanten Institutionen. Seit 2002 leistet die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit eine Sektorfinanzierung für den ugandischen „Justice Law and Order Sector“. Dieser umfasst derzeit 18 Institutionen, wie etwa das Justiz- und Innenministerium, die Polizei, die Gefängnisse und Gerichte sowie die Menschenrechtskommission.

Grundlage für die Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist ein fünfjähriger Reformplan Ugandas. Auf dessen Basis sollen Gesetzesreformen vorangetrieben, Menschenrechtsverletzungen eingedämmt, Gerichtsverfahren beschleunigt, die Exekutive gestärkt, die Kriminalitätsrate gesenkt und landesweit Rechtsberatung angeboten werden.

Demokratie und Bürgerrechte stärken

Das internationale Programm Democratic Governance Facility (DGF), eine Kofinanzierung verschiedener Geber (Österreich, Dänemark, Großbritannien, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden und der EU), fördert mehr als 80 zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen. Die Ziele: Menschenrechte schützen, den Zugang zu Rechtsberatungen und Rechtsbehörden verbessern, Versöhnung vorantreiben und Frieden fördern.

Mehr als acht Millionen Menschen konnten über die Menschenrechte informiert werden. Etwa eine halbe Million BürgerInnen erhielt Rechtsbeistand und 2.000 JournalistInnen profitierten von Schulungen. Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen bis hin zu einzelnen kleinen lokalen Organisationen bekommen Unterstützung. Sie alle tragen dazu bei, dass BürgerInnen die Leistungen staatlicher Behörden unter die Lupe nehmen, Korruption bekämpfen und ihre Rechte einfordern.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt DGF seit 2011 mit insgesamt 2,5 Millionen Euro. Außerdem delegierte die EU sowohl 2015 als auch 2017 ihre Beiträge (11 Millionen Euro) zu diesem Programm an die Austrian Development Agency, die unter anderem das Monitoring, die korrekte Abrechnung und die Berichterstattung übernimmt.

Uferschutz am Oberlauf von Aswa und Agago

Der Wasserstand der Flüsse in Uganda schwankt stark. Der Klimawandel verstärkt dieses Phänomen. Die Verlängerung der Trockenzeiten und intensivere Niederschläge, aber auch Abholzung, durchgängige landwirtschaftliche Nutzung ohne Brache und der Anbau von erosionsanfälligen Nutzpflanzen in den Wassereinzugsgebieten bedrohen die dort siedelnden BäuerInnen in ihrer Existenz.

Ein regionales Ostafrika-Projekt der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources setzt seit 2011 Gegenmaßnahmen, mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. In enger Kooperation mit dem ugandischen Ministerium für Wasser und Umwelt wurden der Uferschutz und die Landnutzung der Gemeinden im Einzugsgebiet der Flüsse Aswa und Agago sowie weiterer Flüsse verbessert. Landwirtschaftliche Aktivitäten an den Uferhängen sind nun verboten. Zusätzlich verbesserten verschiedene Erosionsschutzmaßnahmen, Aufforstungen und Landnutzungs- und Uferschutzpläne die Situation. Die Menschen sollen innerhalb ihrer Gemeinden gemeinschaftlich planen, wie sie die Wasser- und Bodenressourcen nutzen und bewirtschaften. Ein Kleinkreditfonds trägt zudem zur Diversifizierung der Einkommen bei.

Projektpartner:
Ministry of Finance,
Planning and
Economic
Development
Laufzeit:
07/2006–06/2020
OEZA-Beitrag:
24,5 Mio. Euro

Projektpartner:
Royal Danish
Embassy
Laufzeit:
01/2011–12/2017
OEZA-Beitrag:
2,5 Mio. Euro

Projektpartner:
International Union for
Conservation of
Nature and Natural
Resources (IUCN)
Laufzeit:
12/2011–12/2018
OEZA-Beitrag:
2 Mio. Euro

Ziel ist es, die Dorfgemeinschaften weniger anfällig gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels zu machen. Vom Projekt profitieren rund 200.000 Menschen.

Frauen planen und bestimmen mit

GemeinderätInnen und BeamtInnen in Norduganda sollen bei der Umsetzung von Entwicklungs- und Reformplänen im Gesundheits-, Bildungs-, Wasser- und Justizbereich die besonderen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigen. Das ist seit 2009 das Ziel des ugandischen Frauennetzwerks Uganda Women's Network.

Projektpartner:
Uganda Women's
Network (UWONET)
Laufzeit:
12/2009–11/2017
OEZA-Beitrag:
rd. 940.000 Euro

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Frauengruppen in den Bezirken Kitgum, Pader, Agago und Lamwo erhalten Schulungen in partizipativem Planen, im Budgetmanagement, in der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes, in Monitoring sowie Anwaltschaft. BürgerInnen, insbesondere Frauen und Jugendliche, bekommen Wissen rund um ihre Rechte und Pflichten. Sie lernen, wie öffentliche Güter und Dienstleistungen verteilt und bereitgestellt werden können. Bei Versammlungen und Dialogveranstaltungen auf Gemeinde- und Bezirksebene diskutieren BürgerInnen und BehördenvertreterInnen Probleme und Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Recht und Justiz sowie mögliche Lösungen.

Menschenrechte sichern

Die Einhaltung, die Förderung und der Schutz der Menschenrechte, insbesondere von MenschenrechtsaktivistInnen, sind das Ziel des Human Rights Centre Uganda. Mit österreichischer Unterstützung leistet die Organisation seit 2014 in vier Bezirken des Landes Aufklärungsarbeit: Menschenrechte sollen verstärkt wahrgenommen und eingehalten werden. Dazu gehört auch, dass Polizei, Staatsanwälte und Gerichte die Gesetze korrekt umsetzen.

Projektpartner:
Human Rights
Centre Uganda
(HRCU)
Laufzeit:
11/2014–06/2021
OEZA-Beitrag:
503.450 Euro

Das Menschenrechtszentrum (Human Rights Centre Uganda) arbeitet mit lokalen MenschenrechtsaktivistInnen, der Bevölkerung, aber auch mit staatlichen Institutionen zusammen. Dialogveranstaltungen, Radiosendungen und Workshops fördern den offenen Austausch über Probleme und mögliche Lösungen.

Lernen für den Wandel

Das Programm unterstützt CARE Uganda und zwei lokale Partnerorganisationen dabei, die Stellung von Frauen in der Gesellschaft zu stärken. Mitglieder der Organisationen bekommen Schulungen darüber, wie man sich vernetzen kann und wie man Bewusstsein für Genderfragen schafft. Darüber fördert das Programm die gesetzliche Festschreibung der Rechte von Frauen und Mädchen.

Projektpartner:
CARE
Laufzeit:
04/2016–03/2019
OEZA-Beitrag:
2,5 Mio. Euro für 3
Länder, 850.000
Euro für Uganda

Auch Männer und Burschen sind wichtige Verbündete in der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Länderübergreifende Zusammenarbeit mit Partnern aus Äthiopien und Ruanda ergänzen die Maßnahmen.

Service

Wichtige Adressen

Österreichisches Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit

Crusader House, 3 Portal Avenue, Kampala
Postanschrift: P.O.B. 7457, Kampala, Uganda
Tel.: +256 31 223 51 04, +256 31 223 51 05; Fax: +256 31 223 51 60
kampala@ada.gv.at

Österreichisches Honorarkonsulat

Plot 6, Hill Lane, Kololo, Kampala
Postanschrift: P.O.B. 11273, Kampala, Uganda
Tel.: +256/414 23 57 96
Fax: +256/414 23 57 96
austrianconsulate@infocom.co.ug
austrianconsulate@gmail.com

Honorargeneralkonsulat der Republik Uganda in Wien

Breitenfurterstraße 219, 1230 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)1 863 11 40
Fax: +43 (0)1 863 11 43
consulategeneral@uganda.at
www.uganda.at

Links

Basismaterial

Ministry of Finance, Planning and Economic Development inkl. National Development Plan
<http://www.finance.go.ug/index.php>

Uganda National NGO Forum: <http://ngoforum.or.ug/>

Uganda Bureau of Statistics <http://www.ubos.org/>

The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) – Uganda <http://www.nepad.org>

Weltbank/Uganda: <http://www.worldbank.org/en/country/uganda>

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda:

<https://www.entwicklung.at/laender/ostafrika/uganda>

Landesstrategie Uganda (engl.) 2010–2015:

http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/CS_Uganda_2010-2015.pdf

Ugandische Medien

„The New Vision“ (regierungseigen): <http://www.newvision.co.ug/>

„Daily Monitor“ (unabhängig): <http://www.monitor.co.ug/>